

Landtag bleibt uneins über Polizeieinsatz

Stuttgart 21 Das Parlament zieht keine gemeinsamen Folgerungen aus dem „schwarzen Donnerstag“.

Von Reiner Ruf

Der Polizeieinsatz im Stuttgarter Schlossgarten ist auch bei der abschließenden Beratung des Landtags zu den Ergebnissen des Untersuchungsausschusses unterschiedlich bewertet worden. Die Regierungsfractionen beurteilten das Vorgehen der Polizei als rechtmäßig. Ulrich Müller, der CDU-Obmann im Ausschuss, sagte: „Die Polizei hatte die Aufgabe, das Recht durchzusetzen gegen rechtswidrige Blockaden.“ Eine Einfluss-

nahme der Politik auf das Handeln der Polizei sei nicht nachzuweisen. Der FDP-Abgeordnete Hagen Kluck betonte: „Es gab keine Anweisungen von oben.“

Ganz andere Akzente setzte die Opposition. Der SPD-Obmann Andreas Stoch erkannte durchaus Hinweise auf eine lenkende Hand der Politik. Konkret nannte er die vom Ausschuss zutage geförderte Aktennotiz aus dem Staatsministerium über den Besuch des Ministerpräsidenten Stefan Mappus im Stuttgarter Polizeipräsidium am 20. September vergangenen Jahres – zehn Tage vor dem Einsatz im Schlossgarten. In dem Schriftstück heißt es: „MP (Ministerpräsident) erwartet offensives

Vorgehen gegen Baumbesetzer (keine Verfestigung).“ Der Grünen-Abgeordnete Hans-Ulrich Sckerl konstatierte, der Polizeieinsatz sei aus dem Ruder gelaufen. Dafür trage die Politik die Verantwortung.

Diese Frontstellung zwischen CDU und FDP einerseits sowie SPD und Grünen andererseits hatte die gesamte Arbeit des Untersuchungsausschusses durchgezogen. Der Ausschuss war auf Antrag der SPD und auf

Drängen der Grünen eingesetzt worden. Allerdings musste die SPD-Fraktion erst mittels eines Beschlusses eines Landesparteitags zu diesem Schritt ermuntert werden. Regierungschef Mappus blieb der Debatte im Landtag gestern fern, dafür verfolgte Innenminister Heribert Rech das Geschehen. Auch Grünen-Fraktionschef Winfried Kretschmann schaute nur kurz vorbei.

Der SPD-Obmann Stoch, der durch seine Arbeit im Ausschuss seinen Status als hoffnungsvolle Nachwuchskraft seiner Fraktion unterstrich, warf den Regierungsfractionen vor, keinerlei Interesse an den Ereignissen des „schwarzen Donnerstags“ gezeigt zu haben. „Mit Verniedlichen und Kleinreden wird man dem Untersuchungsauftrag nicht gerecht.“ Stoch entwarf das Bild eines Ministerpräsidenten, der in den Wochen vor dem 30. September den Konflikt um den neuen Bahnhof und die Neubaustrecke von Stuttgart nach Ulm gezielt geschürt habe. Mit Begriffen wie dem „Fehdehandschuh“, den er aufnehme, habe Mappus „Aggressivität in die Auseinandersetzung gebracht“. Die auf Eskalation zielende Rhetorik sei orchestriert worden durch die Abqualifizierung eines Teils der Protestszene als „Berufsdemonstranten“, „Kriminelle“ oder „Kommunisten“. Stoch kritisierte auch die „Lügenpack“-Rufe aus den Reihen der Demonstranten.

Ähnlich äußerte sich Hans-Ulrich Sckerl von den Grünen. Er verwies auf die von Mappus Mitte September vor der CDU-Fraktion angekündigte Regierungserklärung. Mappus habe den Plan verfolgt, sich unmittelbar nach der Absperrung des Baufelds im Schlossgarten als starker und durchsetzungsfähiger Ministerpräsident zu präsentieren.

Der CDU-Routinier Ulrich Müller sagte, der Untersuchungsausschuss habe keine politischen oder rechtlichen Fehler aufzeigt. „Es waren polizeifachliche, handwerkliche Fehler.“ Doch liege die Opposi-

tion völlig falsch, wenn sie die Polizei bezichtigte, der „Büttel der Politik“ zu sein. „Die Polizei greift den Bürger nicht an, sondern verteidigt das Recht.“ Die Forderung der Opposition nach einer Ablösung des Stuttgarter Polizeipräsidenten Siegfried Stumpf lehnte Müller ab. Während die Opposition in ihrem Minderheitenvotum zum Ausschuss kein abschließendes Urteil über den Polizeieinsatz fällt, halten die Regierungsfractionen diesen für völlig in Ordnung. „Demonstrationsrecht ja, Widerstandsrecht nein“, sagte Müller unter dem Beifall von CDU und FDP. „Es muss in Deutschland möglich sein, dass ein Bauarbeiter auch ohne Polizeischutz seiner Arbeit nachgehen kann.“ Er fügte hinzu: „Wir nehmen hin, dass es Demonstrationen gegen dieses Projekt gibt.“ Der FDP-Mann Kluck sagte: „Es gibt kein Selbsthilferecht gegen demokratische Entscheidungen.“ Wenn sich die Protestszene am Stuttgarter Bahnhof mit den Leipziger Montagsdemonstrationen vor der Wende in der ehemaligen DDR vergleiche, dann halte er dies für unerträglich. Gleiches gelte für die Bezugnahme auf Mahatma Gandhi, der mit seinem Konzept des zivilen Ungehorsams Indien von der britischen Kolonialherrschaft befreit hatte.

„Wir nehmen hin, dass es Demonstrationen gegen dieses Projekt gibt.“

Ulrich Müller, CDU-Obmann

FRAGEN ZU

SITZUNGSPROTOKOLLEN BLEIBEN UNBEANTWORTET

Geheim Zweimal haben im Untersuchungsausschuss Sit-

zungsprotokolle eine Rolle gespielt. Im einen Fall erregte es den Argwohn der Opposition, dass bei zwei entscheidenden Vorbesprechungen zum Polizeieinsatz, die im Umwelt- und Verkehrsministerium abgehalten wurden, keine Protokolle angefertigt wurden. Bei allen vorgehenden Besprechungen waren Protokolle verfasst worden. Bernhard Bauer, der Amtschef des Ministeriums, begründete dies mit Geheimhaltungsinteressen der Regierung. Die zuständige Referatsleiterin aber gab an, sie habe schlicht keine Zeit gehabt, die Treffen zu protokollieren.

Akteneinsicht Im anderen Fall hatte sich Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) in seiner Zeugnisaussage auf das Protokoll der Aussage des Stuttgarter Polizeipräsidenten Siegfried Stumpf vor dem Ausschuss bezogen. Mappus sagte: „Wenn ich die bisherigen Protokolle richtig sehe, dann hat doch der Herr Polizeipräsident selber gesagt, dass natürlich beim organisatorischen Ablauf des Einsatzes Fehler gemacht wurden.“ Als Zeuge hätte Mappus aber laut Gesetz die unveröffentlichten Protokollen gar nicht einsehen dürfen. Auf die Nachfrage des Grünen-Abgeordneten Uli Sckerl korrigierte sich Mappus: „Protokolle von Herrn Stumpf habe ich nicht. Nein. Also weder in der Vergangenheit gehabt, noch habe ich sie gegenwärtig.“ rer